

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Jürgen Creutzmann (FDP)

und

Antwort

des Chefs der Staatskanzlei

Auswirkungen der Vorschläge der EU bei der Neuordnung der Funkfrequenzen auf den Rundfunk in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage** 871 vom 17. Juli 2007 hat folgenden Wortlaut:

Am 2. Juli 2007 nahm die EU-Kommission eine Mitteilung an, in der sie die Verhandlungspositionen der EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich ihres Frequenzbedarfs für die diesjährige Weltfunkkonferenz der Internationalen Fernmeldeunion festzulegen versucht. In ihrer Mitteilung fordert die Kommission insbesondere eine primäre Zuweisung für Mobilfunk im Ultrahochfrequenz(UHF)-Bereich. Dies würde bedeuten, dass die bisherige exklusive Stellung des Rundfunks im UHF-Spektrum aufgehoben werden soll und der Mobilfunk das Band gleichberechtigt nutzen könnte. Dies würde zu einer Einschränkung der Weiterentwicklung des Rundfunks führen, da bereits heute in vielen Ballungsgebieten die frequenztechnischen Ressourcen durch digitales Fernsehen und die geplante mobile Multimediaübertragung ausgeschöpft sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Auswirkungen auf die Entwicklung des Rundfunks in Rheinland-Pfalz hätten die Vorschläge der EU-Kommission auf die verschiedenen Regionen, wenn diese umgesetzt würden?
2. Welche Nachteile für die Entwicklung des Mobilfunks in Rheinland-Pfalz könnten entstehen, wenn die Vorschläge der EU-Kommission für eine primäre Zuweisung für Mobilfunk im UHF-Bereich nicht angenommen würden?
3. Sieht die Landesregierung Alternativen zu den Vorschlägen der EU-Kommission, die sowohl den Interessen des Rundfunks als auch des Mobilfunks gerecht werden könnten?

Der **Chef der Staatskanzlei** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. August 2007 wie folgt beantwortet:

Die genannten Überlegungen der EU-Kommission in Vorbereitung der WRC 07 zu einer primären Frequenzzuweisung für Mobilfunk im UHF-Bereich, die ihren Niederschlag in der Mitteilung der EU-Kommission vom 2. Juli 2007 gefunden haben, sind der Landesregierung bekannt.

Wie das federführende Bundeswirtschaftsministerium auf Rückfrage mitgeteilt hat, zeichnet sich ab, dass diesbezügliche Beschlussfassungen jedoch nicht mehr in der Weltfunkkonferenz in diesem Jahr (WRC 07), sondern erst in der WRC 2011 zu erwarten sein werden. Soweit zurzeit erkennbar, unterstützt auch eine Mehrheit der Mitgliedstaaten diese Linie. Wie von Bundesseite ferner mitgeteilt wurde, werden gegenwärtig Studien erstellt, in denen zunächst mögliche Nutzungen der Frequenzen durch Anwendungen des Mobilfunks und des Rundfunks näher untersucht werden sollen. Wesentliche Vorgaben für diese Studien sind dabei, dass der geltende Genfer Rundfunkplan und die bereits bestehenden Rundfunkinfrastrukturen im Wesentlichen nicht tangiert werden dürfen. Insofern ist aus Sicht des Bundes nicht zu erwarten, dass die entsprechenden Vorprüfungen bis zur WRC 07 abgeschlossen sein werden, sodass bis dahin keine ausreichende Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Veränderung der internationalen Zuweisungssituation vorliegen wird.

b. w.

Die Landesregierung teilt und unterstützt die Haltung der Bundesregierung, keinen vorschnellen telekommunikationsrechtlichen Änderungen zuzustimmen.

Wie bereits in der Kleinen Anfrage erwähnt, weise ich darauf hin, dass neben dem Ausbau von DVB-T gegenwärtig durch die Bundesnetzagentur die Ausschreibung für die Netzträgerschaft für DVB-H, d. h. mobiles Fernsehen, läuft. Parallel hierzu sind über die Landesmedienanstalten entsprechende medienrechtliche Verfahren im Gange mit dem Ziel, bis Jahresende zu einem Ergebnis zu gelangen. Allein aufgrund der zeitlichen Abfolge werden diese Aktivitäten durch die laufende europäische Diskussion nicht mehr betroffen.

Angesichts dieses Sachverhaltes bitte ich um Verständnis, wenn ich Aussagen zu Auswirkungen für den Rundfunk, möglichen Nachteilen für die Entwicklung des Mobilfunks bzw. Alternativen zu Vorschlägen der EU-Kommission so lange zurückstellen möchte, bis sich konkrete Entscheidungsgrundlagen abzeichnen.

Martin Stadelmaier
Staatssekretär